

AUSGABE VOM 07. NOVEMBER 2020

Bahnhöfe in NRW werden renoviert

In Nordrhein-Westfalen werden kurzfristig 18 Bahnhöfe verschönert, darunter natürlich auch unser Kölner Hauptbahnhof. Die Renovierungsarbeiten werden aus dem Corona-Soforthilfeprogramm der Bundesregierung finanziert und werden mittelständischen Unternehmen einen Konjunkturimpuls geben. Die Deutsche Bahn erhält aus dem Programm bis zu 40 Millionen Euro.

Zu uns nach NRW fließen rund fünf Millionen Euro. Bundesweit profitieren von den Maßnahmen in diesem Jahr 167 Bahnhöfe. „Diese Finanzspritze kommt genau richtig. Mit diesem Programm stärken wir regionale Handwerksbetriebe und machen den Hauptbahnhof deutlich attraktiver“, so der Kölner CDU-MdB Karsten Möring.

Debatte zur Situation in den Kommunen in Zeiten der Corona-Krise

Ende der Sitzungswoche beriet der Bundestag über die Situation in den Kommunen in Zeiten der Corona-Krise. Im Fokus standen Gewerbemieten und die Verstärkung von Verödung und Leerstand in Innenstädten und Ortskernen als Folge der Covid-19-Pandemie. Die Grünen hatten dazu einen umfangreichen Antrag zur Zukunft der Innenstädte eingebracht, der zur weiteren Beratung an den Bauausschuss überwiesen wurde. Abgelehnt hat die Koalition dagegen Forderungen der Linken und der AfD



„Wir brauchen eine übergreifende Innenstadtstrategie“: CDU-MdB Karsten Möring bei seiner Rede am Freitag im Deutschen Bundestag. (Foto: privat)

nach besonderen Hilfen für Gewerbemieten. Denn diese Hilfen sind bereits in den „Novemberhilfen“ der Regierung enthalten.

Die Probleme in den Innenstädten hätte es natürlich schon vor der Coronapandemie gegeben. Sie habe diese Probleme aber verschärft, meinte der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring in seiner Rede. „Denn die Innenstadtprobleme, die wir feststellen, haben ganz entscheidend mit dem Strukturwandel im Einzelhandel zu tun. Deshalb ist die Lösung der Probleme im Einzelhandel der Kern der Lösung der Innenstadtprobleme.“

MdB Möring begrüßte, dass das Bundesbauministerium mit den Erfahrungen eines „Runden Tisches Innenstadt“, an dem die verschiedenen Akteure von Stadtentwicklern über Investoren und Mieter teilnehmen, eine Innenstadtstrategie mit städtebaulichen Handlungsansätzen erarbeitet. „Unser Ziel muss es sein, Städten wie Köln dabei zu helfen, ihre Innenstädte als lebenswerte Orte für Bewohner und Gäste zu gestalten und zukunftsfähig zu machen. Als Bauausschussmitglied werde ich im Interesse Kölns diesen Prozess aktiv begleiten“. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion plane zudem Anfang Dezember ein digitales Fachgespräch „Großstädte“, in dem auch die Pandemieauswirkungen aufgegriffen werden sollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

unsere offene, demokratische Gesellschaft wird dieser Tage nicht nur vom Corona-Virus bedroht. Ich bin wie viele Kölner erschüttert von den terroristischen



Anschlägen bei Paris, in Nizza - und zuletzt in Wien. Unsere Gedanken sind bei allen Verletzten und den Familien der Opfer dieses terroristischen Anschlags.

Hierzulande hat es im laufenden Jahr bereits drei islamistische Anschläge gegeben. Die Gefährdungslage bleibt auch zukünftig in Deutschland hoch. Ich unterstütze daher die klare Linie von Bundesinnenminister Horst Seehofer zur Stärkung unserer Sicherheitsbehörden.

Der islamistische Terror fordert uns alle in ganz Europa heraus. Er ist eine Gefahr für unsere Lebensart. Wir müssen und werden uns vereint dieser mörderischen Ideologie entgegenstellen. Wir werden unsere Freiheit und unsere Werte mit aller Konsequenz und Härte verteidigen. Und ich freue mich, dass langsam auch die Grünen begreifen, dass wir von Prävention bis Abschiebung und Strafverfolgung konsequent handeln müssen.

Dabei richtet sich dieser Kampf nicht gegen den Islam, sondern gegen fanatische und gewalttätige Extremisten. Meinungs- und Religionsfreiheit sind und bleiben Grundpfeiler unserer freiheitlichen Gesellschaft. Angesichts der Bedrohungslage können wir den Kampf gegen Terror nur gemeinsam gewinnen – in Deutschland, in Europa und weltweit. Und das wird uns auch gelingen.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Bundestag beschließt Turbo für Großprojekte

Der Bundestag hat gestern das Investitionsbeschleunigungsgesetz beschlossen. Riesige Infrastrukturprojekte sollen bald viel schneller umgesetzt, Schienenstrecken einfacher und rascher elektrifiziert und digitalisiert werden. Auch der barrierefreie Umbau und die Erhöhung und Verlängerung von Bahnsteigen sollen erleichtert werden. „All dies wird möglich, indem man Planfeststellungsverfahren verbessert und verkürzt“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring. Wichtige Infrastrukturprojekte können bisher durch Gerichtsverfahren in die Länge gezogen werden und dies manchmal über Jahre hinweg. In erster Instanz sollen deshalb künftig schon Oberverwaltungsgerichte oder Verwaltungsgerichtshöfe zuständig sein - auch für Land- und Umgehungsstraßen. Durch das Gesetz wird auch die klimafreundliche Schiene gestärkt. „Wir machen das Schienennetz schneller leiser, sicherer und nutzerfreundlicher. Das wird Fahrgäste genauso freuen, wie Anwohner“, so CDU-MdB Karsten Möring.

Novemberhilfen zur Corona-Überbrückung präzisiert

Über die bereits bestehenden Unterstützungsprogramme hinaus werden aktuell sogenannte „Novemberhilfen“ mit einem Volumen von 10 Milliarden Euro aufgelegt. Antragsberechtigt sind direkt und indirekt Betroffene, also Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, denen aufgrund aktueller corona-bedingter Schließungsverordnungen das Geschäft untersagt wird und ebenso Unternehmen, die regelmäßig 80 Prozent ihrer Umsätze mit direkt betroffenen Unternehmen machen. Es soll ein Zuschuss gezahlt werden, der sich aus dem durchschnittlichen wöchentlichen Umsatz im November 2019 errechnet. Soloselbstständige können wahlweise auch den durchschnittlichen Wochenumsatz 2019 zugrunde legen.

Der Zuschuss soll pro Woche für die Dauer der angeordneten Schließung im November 2020 gezahlt werden und 75 Prozent des wöchentlichen Vergleichsumsatzes betragen. Haben die Unternehmen noch Umsätze von mehr als 25 Prozent, dann werden diese Umsätze auf den Zuschuss angerechnet. Abgezogen werden auch sonstige für diesen Zeitraum gewährte Unterstützungsleistungen. Gastronomiebetriebe können aber unbeschadet bis zu 25 Prozent Umsatzerlöse durch Außer-Haus-Verkauf erreichen. Anträge müssen durch Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer gestellt werden. Allerdings können Soloselbstständige ihre Anträge bis zu einem Förderhöchstbetrag von 5.000 Euro selber [hier](#) stellen. Abschlagszahlungen sollen möglichst noch vor Ende November erfolgen.

„Diese Leistungen bringt die Gesellschaft für diejenigen auf, die zu unser aller Schutz schwere Einschränkungen hinnehmen müssen, denn gegenseitige Solidarität und Zusammenhalt sind das Gebot der Stunde“, so der Kölner MdB Karsten Möring.

Klimaschutz und Wohnungspolitik

Einen Antrag der AfD zum Ausstieg Deutschlands aus dem Pariser Klimaübereinkommen hat der Bundestag am Mittwoch mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt. MdB Karsten Möring wies [in seiner Rede](#) die AfD-Initiative zurück: „Das ist der Versuch einer Symbolpolitik, die sozusagen alles Schlechte in dieser Diskussion auf einen Punkt zu bringen versucht.“ Möring wandte sich in seinem Beitrag auch an den AfD-Vorredner, der am Rednerpult ein Shirt der selbsternannten Corona-Rebellen „Querdenken“ trug: „Streichen Sie auf Ihrem T-Shirt das Verb denken. Dann passt es besser zu Ihnen!“



Voller Einsatz im Plenum: Gleich viermal war MdB Möring in dieser Sitzungswoche des Bundestages als Redner seiner Fraktion gefordert. (Foto: privat)

Am Donnerstag hat der Bundestag über die Situation von Studierenden debattiert. „Bezahlbares Wohnen für Studenten und Azubis ist wichtig und auch nicht unproblematisch“, so MdB Karsten Möring [in seiner Rede](#). Er kritisierte einen Antrag der FDP, die Mittel für den sozialen Wohnungsbau langfristig zu verringern. Das seien Mittel der Länder, mit denen man auch Wohnheime bauen könne. „Konsistente Politik stelle ich mir anders vor“, so Karsten Möring. Außerdem schlug die FDP vor, es sollten Belegungsrechte gekauft werden, wie sie Kommunen zur Unterbringungspflicht für Wohnungslose nutzen. Die FDP-Forderung nach einem ominösem „Baukasten-Bafög“ nutzte MdB Möring zum Schlusswort: „Ein solcher Baukastenantrag sei etwas für den Spielplatz aber nicht für das Parlament!“

Impressum:

Ausgabe Nr. 63 der 19. Wahlperiode
07. November 2020
Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter

